

[REDACTED]

Von: [REDACTED]

Gesendet: Montag, 29. November 2021 08:34:05

An: [Waldersee, Graf, Georg](#), [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: DKOR | WASH | Nord Stream 2 – Washington-Besuch von D4 und BMWi AL Herdan | Zur Unterrichtung | [REDACTED]

Antwort erwartet: Nein

Vertraulichkeit: Standard

Anhang:

[WASH_2021-11-26_57494.pdf](#);

Viele Grüße

[REDACTED]

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 26. November 2021 22:00

An: [REDACTED]

Betreff: WG: DKOR | WASH | Nord Stream 2 – Washington-Besuch von D4 und BMWi AL Herdan | Zur Unterrichtung | [REDACTED]

[Direkt auch auf diesem Weg.](#)

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 26. November 2021 15:59

An: [REDACTED]

Betreff: DKOR | WASH | Nord Stream 2 – Washington-Besuch von D4 und BMWi AL Herdan | Zur Unterrichtung | [REDACTED]

Von:	Botschaft Washington
An:	[REDACTED]
Betreff:	Nord Stream 2 – Washington-Besuch von D4 und BMWi AL Herdan
Verf.:	[REDACTED]
Zusatzinformationen:	BMWi: MB, St N, St F, I, IA, IA1, II, II A, II A 1, II A 2, II B 4, V, V A 1, V B 2 BKAm: Abtl. 2 und 4 BMF: VII A 4

I. Zusammenfassung und Wertung

Der Leiter der Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung des Auswärtigen Amtes, Botschafter Michael Klor-Berchtold (D4), und BMWi-Abteilungsleiter für Energiepolitik, Thorsten Herdan (AL Herdan), führten im Rahmen ihrer Washingtonbesuche (15. – 19.11. bzw. 17. – 19.11) am Rande des ersten Steuerungsgruppentreffen der Klima- und Energiepartnerschaft (separater DKOR) verschiedene Gespräche mit der US-Reg. und Mitarbeitern des US-Kongresses zu Nord Stream 2 (N2) und der Implementierung der Gemeinsamen Erklärung vom 21.7..

DoS Senior Advisor Amos Hochstein (H.) würdigte die Fortschritte bei der Implementierung der Gemeinsamen Erklärung, insb. des Green Fund für die UKR. Meinungsverschiedenheiten gab es allerdings bei der Frage, ob RUS Energie als Waffe einsetze. H. unterrichtete auch über den in der Zwischenzeit (am 22.11.) an den US-Kongress übergebenen alle 90-Tage fälligen PEESA/PEESCA-Bericht, in dem die US-Reg. am Bau von N2 beteiligte Unternehmen auflisten und im zweiten Schritt sanktionieren muss. Eine Nennung des „Blue Ship“ sei unvermeidbar gewesen. Die US-Reg. müsse ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen. Die Auflistung sei aber ohne Konsequenzen, denn der Besitzer („Stiftung MV“) werde als Regierungsstelle gesehen.

Im US-Kongress wird die außenpolitische Debatte dominiert durch die RUS-Aggressionen an der RUS-UKR-Grenze. Die Besorgnis einer militärischen Eskalation wächst, mögliche Reaktionen des Westens werden sondiert. Pipelinekritiker sehen sich in den Truppenbewegungen und den steigenden Energiepreisen in ihrer Argumentation für weitere Sanktionen gegen N2 bestärkt; D4 und AL Herdan traten dem entgegen und argumentierten gegen die Herstellung einer Verbindung der Truppenbewegungen mit dem weiteren Umgang mit N2.

Bei den Verhandlungen um den Militärhaushalt, dem *National Defense Authorization Act* (NDAA), haben sich zunehmend mehr Demokraten – auch auf Druck der US-Admin - gegen eine Beschränkung der präsidentiellen Befugnis für die Erteilung von Ausnahmemöglichkeiten im Rahmen von PEESA/PEESCA („waiver“) gestellt. Es ist offen, ob nächste Woche eine Abstimmung über ein *Amendment* der Republikaner verhindert werden kann, das Sanktionen gegen die N2 AG verpflichtend einführen und die Waivermöglichkeiten des Präsidenten zurücknehmen würde. Republikaner sehen im Umgang der Admin. mit N2 einen Beweis für die außenpolitische Schwäche Bidens.

II. Handlungsempfehlungen

- Konsequente Umsetzung unserer Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung vom 21.07..
- Austausch mit US-Kongress kontinuierlich aufrechterhalten. Nächste Möglichkeit Besuch des Sonderbeauftragten für UKR-Erdgastransit Georg Graf Waldersee.

■ [REDACTED]

III. Im Einzelnen

A. Halbtätiger Austausch mit DoS und White House

i. PEESA/PEESCA-Bericht

Administration wolle den Bericht kurz vor *Thanksgiving* veröffentlichen, wenn Senatoren und Kongressabgeordnete nicht mehr in Washington seien, um so wenig Aufmerksamkeit wie möglich darauf zu lenken (Veröffentlichung geschehen am

22.11.). Nach den überreichten Informationen zur „Stiftung MV“ sei DoS zu dem Schluss gekommen, dass es sich um eine Regierungsstelle handle und daher die in PEESA enthaltene Ausnahme von einer Sanktionierung greife. Die Stiftung würde nicht genannt werden. Anderes gelte mit Blick auf das „Blue Ship“. Die US-Reg. sehe sich gesetzlich dazu gezwungen, das Schiff zu nennen. Dies habe allerdings keine Konsequenzen. Die bei einer Nennung üblicherweise automatisch zu erfolgenden Sanktionen würden entfallen, denn der Besitzer („Stiftung MV“) sei eine Regierungsstelle. D4 und AL Herdan betonten, dass eine Sanktionierung der „Stiftung MV“ aus DEU Sicht einen Bruch der Gemeinsamen Erklärung bedeuten würde. US-Seite zeigte Verständnis und hob hervor, dass eine Sanktionierung nicht das Ziel sei. Man habe aber die Hoffnung, dass das Schiff seine Tätigkeiten einstelle.

Reaktionen des US-Kongresses auf den Bericht blieben bisher weitestgehend aus. Republikaner dürften sich im Verzicht auf Sanktionen gegen das „Blue Ship“ aber bestätigt sehen, im Rahmen der NDAA-Verhandlungen nächste Woche auf einer Abstimmung über das *Amendment* von Sen. Risch zu bestehen, das die Waivermöglichkeiten des Präsidenten zurücknehmen würde.

ii. Einsatz von Energie als Waffe

RUS habe die aktuelle Gaskrise in Europa zwar nicht verursacht, nutze diese aber aus und habe aus Sicht der USA eine Verantwortung, ausreichend Erdgas zu liefern. Auch nach der Anordnung Putins an Gazprom, mehr Erdgas nach Europa zu liefern, hätten sich die Lieferungen nur geringfügig erhöht. Die Mengen seien unzureichend, sollte Europa einen kalten Winter erfahren. Die Speicher seien deutlich geringer gefüllt als in Vorjahren. RUS erfülle seine Langfristverträge, aber dies sei unzureichend und der falsche Gradmesser. Die Spotmärkte und derzeitigen Preise sprächen eine andere Sprache. Es liege in der Verantwortung von Exporteuren wie RUS, die Nachfrage in Europe zu befriedigen. Auch die IEA habe RUS zu mehr Exporten aufgefordert.

D4 und AL Herdan plädierten für ein gemeinsames Vorgehen am Hill. Es sei nicht hilfreich, Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit oder ggü. dem US-Kongress auszutragen. DEU wolle sich nicht in der Rolle sehen, RUS verteidigen zu müssen.

iii. Zertifizierung Nord Stream 2 AG

Auf Nachfrage zur Einschätzung der Entscheidung der BNetzA den Zertifizierungsprozess der N2 AG zunächst auszusetzen, erläuterte D4, dass dies dem gemeinsamen Umgang mit N2 mehr Zeit einräumen würde. H. zeigte sich zufrieden. Er habe immer gesagt, es sei entscheidend, dass die Pipeline nicht vor Frühling zertifiziert werden dürfte.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

B. Gespräche mit Mitarbeitern des US-Kongresses

[REDACTED]

[REDACTED] Ein klares Vorgehen gegen N2 ist aus republikanischer Sicht Teil dieser Antwort. DEU sehe man als strategischen Partner, deswegen habe man sich auch während der Trump-Admin. gegen einen Truppenabzug aus DEU ausgesprochen. Ein Vorgehen gegen N2 sei aber im Interesse der nationalen Sicherheit der USA, insbesondere mit Blick auf die bestehenden US-Sicherheitsgarantien für Europa („it’s not about West Germany anymore, it’s about Eastern Europe“). Im Rahmen der NDAA-Verhandlungen werde man sich für eine Ausweitung der Sanktionen und der Rücknahme der Waivermöglichkeit des Präsidenten einsetzen, denn dieser habe nicht die vom US-Kongress vorgegebenen gesetzlichen Vorgaben umgesetzt. D4 und AL Herdan betonten demgegenüber die negativen Auswirkungen einer Sanktionierung und erläuterten auch die wirtschaftliche Bedeutung des Projektes für strukturschwache Regionen in Ostdeutschland.

Auf demokratischer Seite ist bei Teilen der Partei ein gewisses Umdenken zu erkennen. Die Ablehnung der Pipeline wird weiterhin betont, aber eine Rücknahme der Waivermöglichkeit des Präsidenten wird zunehmend kritisch gesehen. Bei den Verhandlungen um den NDAA haben Demokraten sich gegen die Aufnahme des Amendments von Risch in das „Manager’s Amendment“ ausgesprochen, das üblicherweise aus einer Reihe von unumstrittenen Amendments besteht, über die als Paket per Abstimmung durch Zuruf (ja/nein) entschieden wird. Es ist weiterhin unklar, ob Republikaner eine separate Abstimmung über das Risch-Amendment erzwingen können. Von entscheidender Bedeutung wird sein, ob Demokraten in ihrer Ablehnung geschlossen hinter Senatsmehrheitsführer Schumer (D-NY) stehen werden.

DKOR lag D4 und AL Herdan vor.

gez.
Haber (.WASH L)

Registratur



ID	
Zweck:	Zur Unterrichtung
Geschäftszeichen:	

INVALID HTML